TERMINAL TRIBUNE
INK & IRON, BÜRO 404

Samstag, 14. November 2026 WOCHENENDAUSGABE · WOCHE 46 Ausgabe frei Haus

KRISEN & KONFLIKTE

Vier Milliarden als Munition: Trump zielt auf El-Sayed

Jack Morrison · 7. November · Meldung

Donald Trump hat die Waffe benannt, bevor er sie geladen hat. Am Wahlabend, im Telefonat mit Fox News, kündigte der Präsident an: Die USA stoppen die Israel-Hilfen ab dem kommenden Jahr und geben Israel keine Waffen mehr gratis. Grund? Abdul El-Sayed redet ununterbrochen darüber. So baut Trump Politik: Der Kandidat wird zum Anlass, das Geld zur Munition, vier Milliarden Dollar zum Schlag.

Das ist keine außenpolitische Entscheidung, so sauber ist sie nicht. Es ist ein Rechenstück mit einem politischen Gegner als Ziel. Trump liefert die Begründung selbst mit: Im Fox-News-Gespräch deutete er an, die US-Hilfe für Israel sei zu einem starken politischen Talking Point für die Demokraten geworden. Und er nannte den Namen. „The left uses the $4 billion payment ... as a signal of unfairness", sagte er. Wenn ein Präsident den Ärger der Opposition als Anlass für Milliardenangaben ausgibt, ist das keine Einsicht. Das ist eine Zielerfassung.

Die Rechnung hat eine Grundlage. Eine Fox-News-Umfrage von August 2026 fand 55 Prozent der Wähler in Michigan gegen die Fortsetzung der militärischen Unterstützung für Israel: 70 Prozent der Demokraten, 66 Prozent der Unabhängigen, 35 Prozent der Republicans. Trump zielt auf eine eigene Basis, die ihm auseinanderläuft. Laut Gallup fiel die Sympathie für Israel von rund 50 auf 36 Prozent, jene für die Palästinenser stieg auf 41. Unter Demokraten lag die Unterstützung für Israel 2001 noch über 50 Prozent, 2026 sind es nur noch rund 17. Der Ärger, den Trump bei den Demokraten sieht, hat Zahlen. Er sieht ihn nur nicht bei seinen eigenen Leuten.

Im Hintergrund stehen die Toten. Nach Angaben des palästinensischen Gesundheitsministeriums in Gaza sind fast 75.000 Menschen getötet, 176.000 verletzt. Ein Uno-Bericht spricht von fortgesetzten genozidalen Handlungen israelischer Behörden und Streitkräfte mit genozidalem Vorsatz. Wer so argumentiert, verliert in Jerusalem schneller Freunde als Trump in Michigan Wähler. Aber Gaza ist sein Argument, nicht seine Waffe.

Jetzt wird die Waffe zum Geschenk: Der designierte Senator Abdul El-Sayed aus Michigan unterstützt Trumps Plan, die Hilfe an Israel zu stoppen. Er richtet sich mit Trump beim Kürzen der Israel-Hilfe aus. Trump führt El-Sayed als Vorwand für das Ende der Gratismunition, und El-Sayed hält ihm denselben Plan als Beweis seiner Linientreue hin. Der Schlag, der ihn treffen sollte, landet als Geschenk. Für

IN DIESER AUSGABE

RÜSTUNG & SICHERHEIT
Ein Dementi, eine Affäre und ein Imperium aus Chips

FINANZEN & WIRTSCHAFT
Houston verkauft Nostalgie – das Kapital spielt Zukunft

MIGRATION & ASYL
Die offene Spalte: Wer zählt Tamil Nadu – und wer wird gezählt?

KLIMA, ERDE & WETTER
Indiens Klimaziele: Kohlenstoff zieht in die Bilanz

KRISEN & KONFLIKTE
Wer kontrolliert die S-400? Moskaus letzter Hebel in Ankara

FINANZEN & WIRTSCHAFT
Sanktionen auf Papier, Schattenkassen in Code

FINANZEN & WIRTSCHAFT
Flaggenwechsel als Geschäftsmodell

MIGRATION & ASYL
Die Grenze als Geschäft

KLIMA, ERDE & WETTER
CBAM verschiebt die Rechnung, nicht die Verschmutzung

RÜSTUNG & SICHERHEIT
Leopard 2: Technik ist nur der erste Teil der Rechnung

FINANZEN & WIRTSCHAFT
Offshore-VASPs: Die Aufsicht hat ein Schlupfloch

Trump ein Talking Point, für El-Sayed ein Freifahrtschein in ein Amt, in dem die Ziele der Außenpolitik mitbestimmt werden.

Abgeschaltet wird die Zuwendung, nicht die Beziehung. Die Washingtoner Rechnung lautet: Die USA stoppen vier Milliarden Hilfen für Israel, während der Verbündete im Nahen Osten auf den Kauf militärischer Hardware umschwenkt. Trump bot die Währung selbst an: „You can consider it barter. You can consider military aid or cash." Der Handel bleibt; nur die Rechnung wandert vom Steuerzahler zum Käufer. Das Ende des Geschenks ist kein Bruch mit Jerusalem. Es ist eine Preisanpassung.

Zum Jahresende soll abgeschnitten werden, sagt Trump. Das Timing ist die Botschaft: Seine Partei erwartete, bei den Zwischenwahlen die Kontrolle über den Kongress zu verlieren. Trump erklärte nicht im Detail, warum er so lange gewartet hatte. Die Reihenfolge steht trotzdem fest: erst der Wahlabend, dann die Waffe.

Während Trump friert, messen Israel und AIPAC den Schaden. Trump friert ein, Israel und AIPAC bilanzieren: Die Szene diagnostiziert einen Präsidenten, der aus der Bewegung nicht herausfindet. Experten mahnen ohnehin, Trump nicht beim Wort zu nehmen; seine Administration drückt zugleich ein offenes Paket von 1,15 Billionen Dollar durch. Die Ankündigung ist eine Behauptung. Die Umsetzung bleibt ein offenes Kapitel.

Dann Iran. Nach der Niederlage steht Trump unter Druck, und seine Pläne für einen weiteren Schlag werden zugleich als zurückgehalten und als Neuplanung beschrieben. Man kann die Faust nicht auf dem Knopf halten und sie zum Umbau bewegen. Wenn beides zutrifft, trifft beides nicht zu. Vance räumt ein, der Iran-Krieg sei ein Schlüssel zur vernichtenden Wahlniederlage gewesen. Das Weiße Haus liefert derweil demonstrative Videos von Unbeugsamkeit. Botschaft oder Ausstieg? Das Weiße Haus weiß es selbst nicht. Das ist keine Koordination. Das ist Zerrissenheit mit Abzeichen.

Was bleibt, ist ein Präsident, der zwei Baustellen offen hält, weil keine fertig werden darf. Solange der Hilfsstopp gilt, ist er Argument; sobald El-Sayed im Senat sitzt, wird er zur Peinlichkeit. Solange der Iran-Schlag zurückgehalten heißt, ist er Entschlossenheit; sobald er neu geplant wird, war er Aufschub. Beides gleichzeitig hieße: Taktik mit zwei Ausgängen.

Und zwei Fragen bleiben offen, beide wichtig. Wie lange? Der Stopp ist auf das Jahresende datiert — nicht auf eine Prüfung, nicht auf ein Gesetz, nicht auf eine Norm. Eine Zusage mit Ablaufdatum ist kein Dogma, sondern Munition mit beschränkter Reichweite. Und dann: Iran? Schlag oder Neuplanung? Belastung, die den Absturz verursachte, oder Preis für den nächsten Anlauf? Vance hat die erste Lesart bereits geliefert.

Die Antworten liegen in Washington, nicht in den Redaktionen. Draußen spiegelt der Lincoln Memorial den grauen Novemberhimmel, drinnen macht man aus einem Schlachtfeld ein Talking Point. Trump hat die Waffe geladen, den Gegner benannt und den Schuss angekündigt. Ob am Ende der Gegner, der Verbündete oder der nächste Krieg die Summe zahlt, steht in keiner Pressemitteilung.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261107_0222_53453.html

---

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Ein Dementi, eine Affäre und ein Imperium aus Chips

Konrad Hagen · 11. November · Meldung

Nvidia hat eine Untersuchung angekündigt. Mitglieder des Verwaltungsrates und externe Ermittler sollen Berichten nachgehen, wonach Firmenchef Jensen Huang zum Ziel ausländischer Spionageaktivitäten geworden sei. Der Konzern hält fest, es gebe derzeit keinen Grund zur Annahme, dass Geschäftsgeheimnisse von Nvidia oder die nationale Sicherheit der USA kompromittiert worden seien. Das Gremium vertraut Huang weiterhin. Das ist die Fassade: glatt, symmetrisch, aushaltbar. Dahinter sitzt ein Geständnis.

Jensen Huang, 63, Mitgründer des Chipkonzerns aus Santa Clara, schrieb seinen Beschäftigten: „Ich war meiner Frau untreu." Er entschuldigte sich bei Familie und Belegschaft. Das Ehepaar ist seit gut 40 Jahren verheiratet. Die Beziehung hatte zuvor die Financial Times beschrieben. Die Frau war bei Megaspeed beschäftigt, einem Unternehmen, das Nvidia-Chips kaufte. Nvidias erste Reaktion lautete, es handele sich um gewöhnliche Kontakte zu einer Vertreterin eines Kundenunternehmens. Bericht erstattet. Affäre bestätigt. Verdacht angemeldet.

Damit beginnt die Rechnung. Die Affäre gilt als Tatsache. Die Beschuldigung, die Frau sei vom chinesischen Geheimdienst angeworben worden, wird nach Medienberichten von US-Behörden ernsthaft in Betracht gezogen. Die New York Times schrieb Ende Oktober, US-Geheimdienstmitarbeiter seien zu dem Schluss gekommen, die Chinesin habe Informationen nach Peking weitergeleitet. Chinas Außenministerium nennt die Vorwürfe frei erfunden und Verleumdung, die chinesische Regierung nennt den Bericht „unbegründete Spekulation". Unbestätigt. Nicht widerlegt. In einer Bedrohungslage ist das Nebel: Um die Entfernung zu messen, muss man durch ihn gehen.

Lassen Sie sich von Nvidias Dementi nicht beruhigen. Der Konzern bestreitet nicht die Zugriffsmöglichkeit. Er bestreitet das Ergebnis. Die Affäre wird angenommen, die Spionage als ernstzunehmende Möglichkeit eingeräumt, die Folgen bestritten. Drei Sätze, drei Ebenen. Die öffentliche Abgrenzung gilt dem Möglichen. Der private Schmutz gilt dem Geschehenen. Diese Kluft ist kein Gerücht. Sie ist die Konstruktion.

Denn was zur Diskussion steht, ist der Wert eines einzigen Zutritts. Nvidias Chips dominieren die Rechenzentren, in denen Künstliche Intelligenz trainiert und betrieben wird. Milliardengewinne investiert der Konzern in KI-Start-ups, die wiederum seine Chips kaufen. Huang ist das Gesicht des KI-Wandels und eng mit US-Präsident Donald Trump verbunden. Er argumentiert, Verbote schädigten Nvidias Dominanz und beschleunigten Chinas eigene Technologieentwicklung; die US-Regierung versucht seit Jahren, chinesische Fortschritte durch die Blockade moderner KI-Chips zu bremsen. Der Konzern verkauft die Zukunft. Der Staat ver-

teilt sie. Wer dazwischen sitzt, verhandelt im Namen von 4,5 Billionen Dollar.

Öffentlich belegt ist kein Geheimnis, kein Handel, kein Auftrag. Die Untersuchung muss aber eine größere Frage beantworten: Musste der Mann, der die Exportregeln bekämpft, mit jener Macht in Kontakt kommen, die hinter dem Verdacht steht? Die Lesart, die Affäre sei Zugang gewesen — eine Berechtigung, ausgestellt von einer Seite, die an Nvidias Chips und an Amerikas Exportkontrolle interessiert ist —, ist unbelegt. Sie ist auch nicht widerlegt. Sie ist jene Lesart, die die Ermittler zuerst ausschließen müssen. Eine geständige Affäre beweist keine Verschwörung. Sie beweist Zugriff.

Politisch ist das, und Wien zeigt es. Österreich hat Spionage lange nicht als ernsthafte Sicherheitsbedrohung behandelt. Die Verschärfung des Spionagegesetzes hat lange auf sich warten lassen, seit März liegt der Text vor, nun steht die Novelle kurz vor dem Abschluss. Satelliten auf den Dächern ausländischer Vertretungen in Wien waren die auffällige Metapher; jetzt geht es um Register, Zuständigkeiten, um die Frage, was ein ausländischer Dienst hier suchen darf, ohne dass erst ein Eklat die Behörden aufweckt. Bei Nvidia ist nichts davon abstrakt: Es geht um Chips, die weltweite Rechenzentren trainieren, und um einen Chef, der die Tür aufschloss.

Der Markt rechnet bereits. Die Nvidia-Aktie gab im Frankfurter Handel zeitweise gut sechs Prozent nach, vorbörslich in den USA 4,2 Prozent, die Nasdaq-Futures sanken. Analysten sehen ein Risiko für Huangs Position. Aktionäre haben den Konzern und Huang wegen des chinesischen Spionageskandals verklagt; ihnen wird vorgeworfen, die Aktionäre getäuscht zu haben. Juristisch ist das wenig, marktpolitisch eine Kursreaktion. Ein Konzern, dessen Wert auf Vertrauen beruht, verliert Vertrauen schneller als Umsatz.

Und die Statik des Hauses ist brüchig. Nvidias Verwaltungsrat hat eine Geschichte darin, Huangs Willen durchzusetzen. Einen Nachfolgeplan gibt es nicht, keinen offensichtlichen Nachfolger im Haus. Huang sagte 2023, er wolle das Unternehmen drei oder vier Jahrzehnte weiterführen. Vision oder fehlender Übergang — für einen Konzern, in dem die Auslieferung an wenigen Männern hängt, ist das eine Schwachstelle ohne Kennzeichnung.

Sie haben damit die Zahlen: 40 Jahre Ehe, 63 Jahre an der Spitze, 4,5 Billionen Dollar Unternehmenswert, sechs Prozent Verlust an einem Handelstag. Und Sie haben die Kluft: Nvidia bestreitet die Spionage, nimmt die Affäre an und liefert weiter die Chips, mit denen die Welt ihre Intelligenz erweitert. Die Gefahr ist nicht die Affäre. Die Gefahr ist die Reihenfolge. Wer eine Sicherheitsarchitektur auf einen Menschen stapelt, verkauft dem Gegner die Tür, nicht den Plan. Die Rechnung zahlen zuerst die Menschen, die nichts entschieden haben.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N26llll_0624_53506.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Houston verkauft Nostalgie – das Kapital spielt Zukunft

Ezra Wolff · 9. November · Meldung

Houston hat einen Moment. Die Stadt wird von ihrer lebendigen Gastronomie und der aufwendigen Restaurierung der ursprünglichen Mission Control im Johnson Space Center geprägt. 3,7 Millionen Pfund kostet die Restaurierung. Der Raum, eines der wichtigsten Räume der Menschheitsgeschichte, wurde zur begehrten Sehenswürdigkeit. Gute Show: Aus staatlich getragener Wissenschaftsgeschichte wird ein Besuchermagnet. Die Konsole ist frisch. Die Wirtschaftsbilanz noch nicht.

Genau dort beginnt die Kapitalthese. Eine restaurierte Kommandozentrale kann Ausgaben anregen; sie beweist weder langlebige Beschäftigung noch höhere Einkommen noch eine breitere Steuerbasis. Besucher geben Geld aus, doch wie viel als Auftrag bei lokalen Firmen landet, bleibt offen. Bau, Gastronomie und Reisebranche können profitieren, ohne dass die Stadt insgesamt produktiver wird. Um den Magnet herum fließt Kapital nicht wegen der Möbel, sondern wegen möglicher Anschlussgeschäfte: Raumfahrtaufträge, Lieferketten, Immobilien und Technik. Je glaubwürdiger die Geschichte, desto leichter finanziert sie Projekte; je größer die Erwartung, desto schmerzhafter fällt eine Verzögerung. Der Unterschied zwischen gutem Foto und belastbarem Geschäftsmodell ist kein Accessoire.

Dem steht ein realer Output gegenüber. Die Astronauten von SpaceX Crew-12 sind nach 237 Tagen im All zurückgekehrt. Sie haben mehr als 100 Millionen Meilen zurückgelegt, über 3.792 Erdumläufe absolviert und Forschungsarbeiten für künftige Missionen zum Mond und zum Mars durchgeführt. Das ist keine Nostalgie in Messingoptik, sondern hochqualifizierte Produktion: Menschen, Versicherungen, Technik, Logistik und öffentliche Aufträge werden in Houston gebündelt.

Die NASA-Ausgaben, die Crew-Rückkehr und ein möglicher Kapitalzufluss müssen zu dauerhafter Wirtschaftsleistung vor Ort übersetzt werden. Ein Weltraumprogramm erzeugt Einkommen, aber nicht automatisch Wohlstand für alle. Tragfähig wird das Fundament, wenn öffentliche Aufträge bei lokalen Zulieferern bleiben, Forschungsergebnisse in Produkte und Dienstleistungen übersetzt werden und aus befristeten Missionen verlässliche Beschäftigung entsteht. Ohne diese Rechnung bleibt der Boom eine Summe schöner Einzelbelege.

Die Passage zu Artemis III ist aufschlussreicher als jede Orbitalgrafik. Gegenüber den ursprünglichen Landeplänen wurde die Mission zurückgestuft. Sie soll Orion in die Erdumlaufbahn bringen und dort die Begegnung mit Testgeräten kommerzieller Mondlander von SpaceX und Blue Origin erproben. Artemis-III-Wissenschaftlerin Barbara Cohen nennt das eine Generalprobe für die spätere Landung und die Rückführung von Mondproben. Generalprobe heißt: Der Vorhang kann sich heben, und die Show kann trotzdem stolpern. Verzögerungen, technische Abweichungen und ungedeckte Kosten können einen Teil des eingesetzten Kapitals vernichten, bevor ein Mensch den Mond betritt.

Dieselbe Dynamik tragen private Erzählungen. Tesla stellte einen neuen Roadster-Sportwagen vor, der sich in die Luft erheben soll; auf eine Fahrt ist nicht zu rechnen. Das Versprechen ist wertvoll,

die Zulassung nicht. Solange unklar bleibt, welche Behörde das Konzept genehmigt, wo es eingesetzt werden darf, wer bei einem Absturz haftet und welche Sicherheitsnachweise vorliegen, ist „fliegend“ vor allem eine Bühne. Ein Showroom ist noch kein Flughafen. Für Anleger ist das keine Kosmetik, sondern die Frage, wann aus Zukunft Umsatz wird.

Ledger wiederum verkauft die Antwort auf das Chaos. Nach einem Diebstahl von mehr als 90 Millionen US-Dollar, der manipulierte Hardware-Wallets aus Händlerhand betraf, während die eigenen Systeme nicht gehackt wurden, soll im nächsten Sommer ein für 899 US-Dollar erhältlicher Atom starten. Das smartphone-ähnliche Gerät verbindet Android-Apps mit einem separaten Betriebssystem für Krypto-Transaktionen, verschlüsselte Nachrichten und KI-Aufgaben. Der Hersteller verweist auf rund 200 Millionen Sicherheitstelefone pro Jahr. Kapital bewertet hier Technik und Angst. Das Modell hängt aber an Zulieferern, Händlern und Sicherheitsprüfungen; ein zweites Betriebssystem schützt nur, wenn die ganze Kette hält.

Houston besitzt echte Fundamente: eine aktive Weltraumbehörde, anspruchsvolle Forschung, lebendige Gastronomie und ein restauriertes Wahrzeichen. Das genügt für einen Moment, nicht für den Beweis eines Wirtschaftswunders. Zu prüfen sind bleibende Besucherausgaben, der Anteil lokaler Zulieferer, dauerhafte Arbeitsplätze und Löhne, wachsende Steuereinnahmen und kommerzielle Aufträge. Solange diese Zahlen fehlen, wird der Texas-Boom aus öffentlicher Mission, privatem Versprechen und gepflegter Nostalgie gebaut. Schön inszeniert. Noch nicht bilanziert.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261109_1855_53484.html

MIGRATION & ASYL

Die offene Spalte: Wer zählt Tamil Nadu – und wer wird gezählt?

Marta Silber · 11. November · Meldung

Chennai, 29. Oktober 2026, im Secretariat. Neunzig Minuten Kabinettssitzung unter C. Joseph Vijay. Beschlossen: eine Kommission unter einem pensionierten High-Court-Richter soll die Social Justice Survey durchführen, nächstes Jahr nach Abschluss der laufenden Zählung. Die Regeln, sagt Justiz- und Energieminister C.T. R. Nirmal Kumar, entstehen erst mit der Kommission; gebildet werden soll sie bis Februar oder März. Der Beschluss ist sauber gefasst. Das Verfahren ist ein leeres Blatt.

Das Blatt ist nicht neu. Die Survey war ein Hauptversprechen der Tamilaga Vettri Kazhagam vor der Versammlungswahl 2026, angekündigt in der Antrittsrede des Gouverneurs Rajendra Vishwanath Arlekar: erst zählt die Union, dann der Staat. Anbumani Ramadoss, Präsident der PMK, begrüßt den Kabinettsbeschluss, drängt auf frühen Start und nennt die Erhebung eine 47 Jahre alte Forderung seiner Partei, nötig, um Tamil Nagus 69-Prozent-Reservierungssystem zu schützen. Am 11. Mai bat er Vijay darum, am 5. Juni fassten die Organisationen eine Resolution, am 9. Juni gab es ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten. Die Kette ist sichtbar. Nur das Ende fehlt.

Denn für Februar nächsten Jahres ist in weiten Teilen des Landes die zweite Phase der Volkszählung angesetzt, mit offener Spalte: Die Befragten können ihre Kaste angeben. Diese Spalte hat viele Parteien und andere Akteure dazu gebracht, die Nützlichkeit des gesamten Zählwerks infrage zu stellen. Dieselbe Frage wird damit zweimal gestellt, an zwei Sammelstellen. Für eine davon sind die Regeln bislang nicht einmal geschrieben.

Der Weg dorthin ist nicht neu: Die DMK-Regierung von 2021 bis 2026 wollte den Kastenzensus mit dem allgemeinen Zensus verbinden. 2020 setzte die AIADMK eine Kommission unter einem früheren Richter des Madras High Court ein, die die Methodik ausarbeiten sollte; die Nachfolgepartei verlängerte die Amtszeit nach Juni 2021 nicht. Die Union will den Kasten bei der Bevölkerungszählung 2027 mitzählen, mit demografischen, sozioökonomischen, kulturellen Angaben. Der Staat will diesmal selbst zählen. Die Frage ist nicht, ob. Sondern wozu.

Eine Erhebung über Kaste ist keine Tabelle. Sie ist eine Landkarte. Für Dalit- und Adivasi-Familien kann sie ein Argument sein, das sie seit Jahrzehnten nicht gehört haben. Für dieselben Familien kann sie eine Liste sein, nach der später gegriffen wird. Wer über die Zugehörigkeit eines Menschen verfügt, kann über ihn verfügen. Die versprochene Selbstbestimmung endet an der Tür des Datenraums. Wer diese Tür abschließt, hat sie nicht geschützt, sondern nur verlegt.

Die Tür für Auskunftsersuchen ist immerhin besetzt: Der pensionierte IAS-Beamte S. Natarajan ist neuer Chief Information Commissioner Tamil Nadus, mit ihm S. Mahalakshmi, T.K. Shabeer, C.B. Meena und der Journalist P. Mahalingam als State Information Commissioners — der erste Journalist in diesem Amt. Drei Jahre oder das 65. Lebensjahr, je nachdem, was zuerst kommt. Die Instanz ist installiert. Wird die Survey eine Behördenakte in diesen Schubladen — oder eine Datenwelt, die an ihnen vorbeiführt?

Unterdessen läuft der Staat im gewohnten Takt weiter: Das CBIC versetzte zehn Chief Commissioners und Director Generals, N. Sridhar (Jahrgang 1993) wurde zum Chief Commissioner of GST and Central Excise in Visakhapatnam befördert, mit Dienstantritt bis 16. November. Solche Entscheidungen stehen in einer Gazette, sie haben Fristen, sie sind anfechtbar. Bei der Survey steht bisher eine Absichtserklärung. Das ist kein Argument gegen das Unternehmen. Es ist eine Lücke in der Sache.

Und die Sache hat juristische Zähne. Das Kabinett befasste sich mit einem Urteil des Supreme Court: Ein Hindu aus einer Backward Class kann die Reservierungsvorteile einer Muslim Backward Class nicht allein durch Konvertierung zum Islam beanspruchen. Die Berufung des Staates gegen die Verordnung vom März 2024, die die Vorteile auf BC, MBC, De-notified Communities und SC erstreckte, wurde zurückgewiesen; das Kabinett will eine Review Petition einlegen. Hier entscheidet nicht der Zähler, sondern das Etikett. Wer Kaste zählt, zählt nicht nur Rechte. Er zählt, wessen Angaben rechtlich gelten. Dasselbe Kabinett diskutierte 600 Acres anadheenam-Land in Thalambur, unrechtmäßig vergebene Patta, rund 3.000 Betroffene, 15 Bildungseinrichtungen, seit über 20 Jahren ungelöst. Ein Landstreit

hat Akten. Kaste, solange sie mündlich bleibt, hat keine.

Anliegen oder Hebel? Belegt ist beides. Die Survey war ein Wahlversprechen, die PMK fordert sie seit 47 Jahren, sie soll die 69 Prozent sichern. Wer über Anteile verhandelt, braucht Zahlen; Zahlen sind hier Macht in Papierform. Wer in einem Wahlversprechen ein Instrument sieht, muss nicht raten, sondern fragen: Wer schreibt den Fragebogen? Wer genehmigt ihn? Wird er veröffentlicht, bevor die ersten Enumeratoren unterwegs sind? Nennt der Mensch seine Kaste selbst, oder wird sie abgeglichen? Was geschieht, wenn jemand nichts sagen will — unbekannt, nicht zutreffend, ausgegeben? Wer hält den Schlüssel zum Datensatz, wer darf hineinsehen, wie schnell wird gelöscht? Wenn die Formulare einmal gedruckt sind, lassen sie sich nicht wieder zusammenfalten.

Diese Fragen sind offen, nicht rhetorisch: Welche gesetzlichen Grundlagen gelten für die Erhebung, und werden sie vor dem ersten Formular veröffentlicht? Wird der Datensatz von der Zählbehörde getrennt geführt, und wie wird diese Trennung erzwungen? Kann ein falscher oder erzwungener Eintrag berichtigt werden, ohne dass die Korrektur selbst zur neuen Spur wird? Und nüchtern: Wenn die Union im Februar eine offene Spalte einführt, warum braucht der Staat eine zweite Erhebung, deren Methode nicht einmal schriftlich vorliegt? Entweder genügen die Daten der Zählung, oder sie genügen nicht. Beides zu behaupten wäre eine Ausrede, keine Begründung.

Ich lese die Namen der Ernannten noch einmal und schweige einen Moment. S. Natarajan. S. Mahalakshmi. T.K. Shabeer. C.B. Meena. P. Mahalingam. Fünf Menschen, die Auskunft geben sollen. Und ein Richter ohne Namen, der eine Kommission leiten soll, deren Fragen es noch nicht gibt. In Chennai wird eine Maschine geplant, die jeden Menschen in eine Spalte schreibt. Ob sie die 69 Prozent rettet oder die Schwachen markiert, entscheidet kein Appell, sondern ein Formular — und wer es entwirft. Ein Staat, der zählt, muss zuerst fragen, was er mit dem Zählen über die Menschen kann. Sonst zählt er nicht sie. Er zählt ihre Angst.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/N261111_1841_53516.html

KLIMA, ERDE & WETTER

Indiens Klimaziele: Kohlenstoff zieht in die Bilanz

Walter „Doc“ Brenner · 12. November · Dossier

Die neuen Ziele Indiens treffen die Unternehmen. Sie signalisieren bedeutende Veränderungen, besonders für energieintensive Branchen, die Betriebsabläufe und Lieferketten dekarbonisieren müssen. Die Erde speicherte Kohle über Milliarden Jahre; die Politik rechnet in Jahrzehnten. Energieübergänge sollen beschleunigt werden, wobei erneuerbare Energien, grünes Wasserstoff und Kohlenstoffmärkte eine zentrale Rolle spielen.

CCTS steht im Zentrum. Seine Entwicklung zeigt Indiens strategischen Ansatz zur Anpassung an globale Handelsdynamiken und zur Förderung der Dekarbonisierung. CCTS verwandelt Kohlenstoff von einer Berichtsgröße in ein wesentliches Element der Bilanzierung und des Handels und beeinflusst die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Indiens.

Der Auslandshebel ist der EU CBAM. Die Einführung von CCTS ist entscheidend, um seine finanziellen Auswirkungen zu mildern, indem sie Kohlenstoffzölle auf indische Exporte reduziert. Unklar bleibt, ob kleinere energieintensive Betriebe Zertifikats- und Nachweiskosten tragen können.

Die Glaubwürdigkeit ist belegbar: Indien hat die Emissionsintensität von 2005 bis 2020 bereits um 36 Prozent gesenkt. Für 2035 gelten 47 Prozent Minderung gegenüber 2005 und 60 Prozent nicht-fossile Stromkapazität. Das lenkt Kapital in erneuerbare Energien und grünen Wasserstoff; fossile Branchen tragen Übergangsrisiko.

Die Rechnung bleibt hart. Trotz erfüllter erneuerbarer Ziele bleibt Indien von importierten fossilen Brennstoffen abhängig; das gefährdet seine Energieversorgungssicherheit. Die 2035-NDC erlaubt eine erhebliche Lücke zu einem 1,5°C-kompatiblen Pfad, da sie über aktuelle Politik hinaus keine zusätzlichen Minderungsmaßnahmen vorsieht. CCTS kann Handelsrisiken verlagern; die Klimalücke schließt es nicht.

Wer Emissionen messen und handeln kann, gewinnt; wer nur produzieren, trägt den Preis. Das letzte Naturgesetz lautet: Was die Erde nicht speichern kann, rechnet sie irgendwann als Verlust ab.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261112_1655_04686.html

KRISEN & KONFLIKTE

Wer kontrolliert die S-400? Moskaus letzter Hebel in Ankara

Jack Morrison · 10. November · Dossier

Die S-400 sind Waffe und politischer Schlüssel. Die Türkei wurde nach ihrem Kauf aus dem F-35-Programm suspendiert und von Washington sanktioniert. Der Kauf verschärft als zentraler Konfliktpunkt die Spannungen zwischen NATO und Russland. Moskau verkaufte nicht nur Flugabwehr. Es schob einen Keil in eine Allianz.

Der Haken steckt im Verkauf. Über eine mögliche Weitergabe an einen Drittstaat entscheidet die Türkei nicht allein; auch Russland muss zustimmen. Moskau bindet einen möglichen Ausweg aus den US-Sanktionen an diese Zustimmung. Ankara kann den Preis für die Rückkehr zum F-35-Programm hochtreiben.

Präsident Trumps Reaktion zeigt die Erosion. Er lobte Ankara und Erdogan, nannte die Beziehungen besser denn je und erklärte, keine Bedenken zu haben. Zugleich war seine Antwort auf die Frage nach S-400 und Drittstaaten verwirrt. Welche Gefahr? Welche Lösung? Seine Unklarheit ist selbst eine politische Waffe.

Die USA und die Türkei verfolgen in Syrien und im östlichen Mittelmeer unterschiedliche geopolitische Interessen. Zusammenarbeit ist Verhandlungsmasse. Antony Blinken sieht die Türkei nicht als verlässlichen Bündnispartner. Trump verkauft den partnerlichen Optimismus, doch die Risse in der NATO bleiben.

Unklar bleibt, wer die widersprüchlichen Signale steuert. Die Situation wirft Fragen über Desinformation und die geopoliti-

schen Auswirkungen der russisch-türkischen Waffenbeziehungen auf. Taktische Unklarheit und gezielte Falschmeldung sehen hier täuschend ähnlich aus.

Moskau führt seine Zustimmung als Trumpf. Ankara besitzt Verhandlungsmasse, weil am F-35-Zugang der S-400-Konflikt hängt. Washington muss die F-35-Technologie schützen und mit einem Partner verhandeln, dem es misstraut. Wer am meisten lügt, kann am meisten gewinnen.

Die S-400 sind mehr als Raketen: Druckmittel, Verhandlungsmasse und Lacktest für die NATO. Ihr Streit entscheidet weniger über Flugabwehr als über die nächste Lüge.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261110_0047_04641.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Sanktionen auf Papier, Schattenkassen in Code

Ezra Wolff · 9. November · Dossier

Das US-Finanzministerium zieht die Schrauben an. Seine Operationen zielen auf die Schattenfinanzarchitekturen, die Regimen wie dem Iran dienen, um Sanktionen zu umgehen: Korridore aus Wechselstuben, Dienstleistern und Ketten, die Grenzen als Service verkaufen. Das FATF bescheinigt dem US-System Wirkung; die Lücke zwischen bescheinigter und tatsächlicher Kontrolle trägt ein Geschäftsmodell.

DeFi hat den Schirmweg geöffnet. Dienste laufen über Smart Contracts statt über Banken und Makler, verlieren dabei aber keine Pflichten: OFAC-Sanktionen gelten für Protokolle, Verträge und Wallet-Adressen, die verbotene Transaktionen ermöglichen. Agenten, die Liquidität liefern, Tokens tauschen oder Zahlungen routen, müssen Gegenpartei-Adressen prüfen, bevor Wert fließt.

sanctionsai.dev prüft in Echtzeit per API gegen 947 OFAC-gelistete Adressen — eine Anfrage, unter 100 Millisekunden: sauber oder markiert. Das Tool nutzt einen Chainlink-Orakel-Node, um die OFAC-Einhaltung sicherzustellen und Transparenz und Sicherheit in DeFi-Plattformen zu erhöhen. DeFi Compli hilft DeFi-Projekten, regulatorische Anforderungen zu erfüllen, indem es Interaktionen mit sanktionierten Krypto-Adressen verhindert. Wer die Prüfung auslässt, riskiert Strafen und das potenzielle Verschwinden seiner DeFi-Plattform.

Die Ausrüstung der Gegenseite ist lesbar; ihr Geschäftsmodell nicht. EarnPark setzt auf geprüfte DeFi-Protokolle — Uniswap, Fluid on Instadapp, Pendle Finance, DeltaPrime — und gewährleistet damit Zuverlässigkeit und Sicherheit in seinen DeFi-Strategien. Die Integration von Binance und SAFU, dem Secure Asset Fund for Users, liefert eine sichere Handelsinfrastruktur und ein Sicherheitsnetz für Nutzervermögen, falls eine Sicherheitsverletzung zuschlägt.

Offen bleibt, wer die Adressen finanziert, die morgen geprüft werden müssen, und ob geprüfte Protokolle frei von sanktionierten Gegenparteien bleiben. Ein Audit beweist Sicherheit im Code, nicht Unschuld im Verkehr. Die Türwache ist eine Tür zum Nebeneingang.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261109_0911_04632.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Flaggenwechsel als Geschäftsmodell

Ezra Wolff · 11. November · Dossier

Über 100 Öltanker wechselten zur russischen Flagge, um Sanktionen zu umgehen; Russlands Registrierung wuchs dadurch um 36 Prozent. Hauptgründe waren Sanktionen gegen die ursprünglichen Registrierungsländer und Russlands Unfähigkeit, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Die neue Flagge versprach Seerecht, nicht Unversehrtheit: Der Schuldige wechselte den Namen, der Frachter den Staat.

Bis 2026 wurden zahlreiche Sanktionspakete verabschiedet, einschließlich gezielter Maßnahmen gegen die Schattenflotte und gegen die iranische Drohnenentwicklung. Jedes Paket verengt eine Route. Die Umgehung verlagert sie.

Das Herzstück ist ein Verbund aus Rosneft, 2Rivers und A7. Rosneft erzeugte Exporteinnahmen, 2Rivers organisierte den Handel, A7 die Abwicklung. So wurde russisches Öl zu Devisenliquidität, mit der sich unter anderem Importe und Ausgaben für militärische sowie Dual-Use-Waren finanzierten. Nach geleakten Dokumenten bewegte A7 von Ende 2024 bis August 2025 mindestens 6,9 Milliarden US-Dollar durchs internationale Bankensystem.

Ilan Shor und Promsvyazbank zeigen, wie institutionell die Verflechtung ist und wie Offshore-Unternehmen Wirtschaftsaktivitäten trotz internationaler Sanktionen am Leben halten. Das Netz nutzt internationale Finanzinfrastrukturen wie SWIFT und Kryptowährungen, um Transaktionen zu verschleiern und Sanktionen zu umgehen. Transparenz ist hier kein Nebeneffekt, sondern Geschäftsmodell.

Auch der Iran nutzt Dubai-Freihandelszonen und Kryptobroker, um Sanktionen zu umgehen. Das belegt die Rolle von Kryptowährungen in der Finanzkriminalität, nicht ihre Unfehlbarkeit: Der Diebstahl von 83 Millionen US-Dollar in XRP zeigt die fortbestehenden Sicherheitsrisiken. Elektronische Spuren können Betrug verdecken und Schlüssel verschwinden lassen.

Wer profitiert? Jeder Akteur, der Öl in kaufmännische Beweglichkeit verwandelt. Die eigentliche Kontrolle bleibt im Schatten. Unklar bleibt, wie vollständig Eigentums- und Finanzstrukturen erfasst sind. Sicher ist nur: Das Register wurde nicht neutraler, sondern zum Werkzeug.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261111_0903_04663.html

MIGRATION & ASYL

Die Grenze als Geschäft

Marta Silber · 11. November · Dossier

Die Grenze wird verkauft. Private Sicherheitsfirmen profitieren finanziell von Grenzkontrolldiensten und treiben damit die Migrationsindustrie an. Das Geschäft braucht Aufträge und Menschen, die Arbeit suchen.

Hinter jedem Auftrag steht jemand, der wegen einer Bleibe unter Bedingungen arbeitet, die ihn verwunden. Neoliberale Wirtschaftssysteme und restriktive Einwanderungspolitiken haben Migrantinnen und Migranten verwundbar gemacht.

Dass ihre Arbeits- und Menschenrechte dadurch gefährdet werden, ist die Ware.

Die Finanzialisierung von Überweisungen wird kritisch betrachtet, weil sie oft unter dem Deckmantel von Entwicklungsinitiativen erfolgt und Migrantinnen und Migranten in finanzielle Projekte einbindet. Migrantinnen und Migranten sind sowohl gering- als auch hochqualifizierte Arbeitskräfte und damit zentral für finanziell geprägte Wirtschaften.

Auch das Zuhause gehört zur Rechnung. Wohnen ist zentral für die Finanzialisierung von Haushalten, besonders in semiperipheren Regionen, die von Überverschuldung und Vermögensabwertung geprägt sind. Die Finanzialisierung betrifft Haushalte als Mikroinstitutionen und als Teil größerer wirtschaftlicher und sozialer Strukturen.

Finanzialisierung und soziale wie räumliche Ungleichheit konstituieren einander wechselseitig. Eine kritische Analyse muss zeigen, wer Wert vereinnahmt, wer verliert und wer die Rechnung trägt.

Die globale Rohstoffpolitik zielt darauf ab, Entwicklungsländer in Abhängigkeit zu halten und ihre eigene Entwicklung zu behindern. Entwicklung wird versprochen, Abhängigkeit organisiert.

Heute verspricht Europa Schutz. Private Sicherheitsfirmen verkaufen Kontrolle und verdienen daran.

Für Migrantinnen und Migranten bedeutet die Grenze: Arbeit unter Bedingungen, die ihre Rechte gefährden. Unklar bleibt, wer Aufträge gibt, wie hoch die Margen sind und wer die Kosten trägt. Zwischen Vertrag und Mensch klafft eine Lücke: Wer zählt als Mensch – und wer nur als Kostenstelle?

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261lll_1248_04664.html

KLIMA, ERDE & WETTER

CBAM verschiebt die Rechnung, nicht die Verschmutzung

Walter „Doc“ Brenner · 13. November · Dossier

Die Erde führt kein politisches Register. Hinter Zollpapier riecht sie nach Rauch. Jahrtausende speichern ihre Kohle; Jahrzehnte verschmelzen sie. Ihre Antwort ist Wärme.

Die Omnibus-Änderung hat die Umsetzung von CBAM angepasst: Kleine Importeure sind von der Zertifikatspflicht befreit, die ersten Zertifikatsverkäufe wurden auf Februar 2027 verschoben. Kleine Firmen gewinnen Luft. Haftung für nicht befreite 2026-Importe entsteht schon, die Zahlung folgt 2027. Eine Frist, keine Entwarnung. Unklar bleibt, wer den Aufschub geschäftlich nutzt. Die Erde kennt keinen Zahlungsaufschub.

Eine Studie zeigt die Grenzen der CBAM-Anreizwirkung, besonders für China und die USA, und betont die Robustheit des Modells über verschiedene Annahmen hinweg. CBAM reduziert den Carbon-Leakage-Effekt von 40 auf rund 15 Prozent und erhöht die globale Nettoemissionsreduktion. Das Ergebnis ist handfest, seine Reichweite nicht.

Die zweite Front liegt im Papier. Die Mechanismen erfordern umfassende Berichterstattung und Nachweisführung der Emissionen; für kleine und mittlere Unternehmen ist das eine Herausforderung. Ausnahmen senken Lasten, nicht Emissionen. Der verschobene Verkauf verschiebt Belastung, nicht Verschmutzung.

Mit der Veröffentlichung von Season 06 im Jahr 2026 sind die Hinweise zeitlich begrenzt und für Spieler dieser Version nur kurzfristig relevant. Die Quelle behandelt UI-Probleme sowie die Fortschrittsverfolgung von In-Game-Herausforderungen und liefert Spielern konkrete Anleitungen zur Behebung. Administratoren können detaillierte Einstellungen und Benachrichtigungen konfigurieren und den Schutz an die Bedürfnisse der Community anpassen. Eine Anzeige ist kein Nachweis.

Welche Emittenten die Lücke zwischen Ausnahme, Aufschub und Vermeidung nutzen, bleibt offen. Verantwortung folgt der Ware.

Am Ende gilt das Naturgesetz der Massenerhaltung: Ausgestoßener Kohlenstoff verschwindet nicht, nur seine Verbuchung.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261ll3_1653_04703.html

RÜSTUNG & SICHERHEIT

Leopard 2: Technik ist nur der erste Teil der Rechnung

Konrad Hagen · 8. November · Dossier

Leopard 2: 1.500 PS, Optik und 120-mm-Geschütz. Doch die Quelle unterstreicht: Fortschrittliche Technik allein garantiert keinen Schlachtfelderfolg. Ohne angemessene Unterstützung und Integration in eine umfassende Kriegsführung bleibt ihr Potenzial Papier. Logistik und Infrastruktur begrenzen ihre Effektivität.

Den ukrainischen Streitkräften fehlen spezialisierte Ausbildung und Wartungsinfrastruktur für den effektiven Einsatz der Leopard 2. Ohne Ersatzteile und integrierte Gefechtsführung entsteht keine Wirkung. Keine technische Untauglichkeit. Eine offene Lücke.

Lieferung und Modernisierung bleiben entscheidend für die ukrainische Verteidigungsfähigkeit im Konflikt mit Russland. Von 155 zugesagten Leopard 1A5 waren im September 58 angekommen; 2022 und 2023 wurden 45 Leopard-Fahrzeuge transferiert. Versorgungsproblem, keine Wirkungslosigkeit.

Ukrainische Ingenieure schließen die Lücke teilweise. Dynamische Schutzsysteme verbessern die Überlebensfähigkeit modernisierter Leopard-Panzer. Befund, kein Feierabendticket.

Sortieren Sie den Beiwerkfund: Die Unterlagen nennen BYD-Fahrzeugexporte. Das hat keine direkte Verbindung zu Rüstungsexportverfahren oder -verstößen. Die Quelle ist für Rüstungsexporte nicht direkt relevant; sie behandelt Fahrzeuge, nicht Rüstungsgüter. Ihr Platz im Datensatz bleibt unklar.

Deutsche Hersteller, westliche Geber und ukrainische Ingenieure bilden ein Netzwerk. Es konserviert Schwachstellen, wenn Zuständigkeiten zwischen Fabriken, Trainern, Werkstätten und Einheiten zerfallen. Wer profitiert? Zulieferer mit instandgesetzten Beständen, Einheiten mit geringeren Verlusten. Wer verschweigt? Offen bleibt die Verteilung knapper Ersatzteile.

Russlands Dialogbereitschaft und der notwendige Wiederaufbau der Ukraine markieren langfristige politische und wirtschaftliche Herausforderungen. Dialog ersetzt keine Panzerabdeckung. Der Leopard wird zum Gewinn, wenn Technik, Menschen, Logistik und Führung ineinandergreifen. Sonst fährt er teuer in die Dunkelheit.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261108_1300_04618.html

FINANZEN & WIRTSCHAFT

Offshore-VASPs: Die Aufsicht hat ein Schlupfloch

Ezra Wolff · 13. November · Dossier

Die Lücke ist nutzbar. Offshore-VASPs sind in einem Rechtsraum registriert, bieten Dienste aber in einem anderen an, oft ohne nennenswerte physische Präsenz. So umgehen sie lokale regulatorische Rahmenbedingungen. Das schafft erhebliche Risiken für Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung.

Unterschiedliche nationale Vorschriften und die fehlende Anwendung einer Regulierung, die an die tatsächliche Tätigkeit anknüpft, ermöglichen es Kriminellen, in die am wenigsten regulierten Umgebungen auszuweichen. Eine Behörde kann ihr Haus bestellen, während der Dienst längst im Ausland läuft. Der Standort entscheidet über die Kontrolle, nicht die Qualität des Geschäftsmodells.

Wer profitiert? Schattenbanken, Hedgefonds und Private Equity nutzen Briefkastenfirmen in Singapur und Hongkong, um regulatorische Lücken auszunutzen. Beide Orte sind Schlüsselstandorte für diese Aktivitäten. Unklar bleibt, wer hinter einzelnen Konten handelt und welche Gelder kriminellen Ursprung haben. Nicht nur Firmenregister lesen: Handlungen müssen verfolgt werden.

Nationale Aufsichtsbehörden brauchen robustere Mechanismen, um unregulierte Plattformen zu identifizieren und zu überwachen. Proaktive Schritte der Regulierungsbehörden sind notwendig, um die Aktivitäten von Offshore-VASPs wirksam zu überwachen und zu regulieren. Nicht auf Anträge warten, sondern prüfen, wer Dienste an wen richtet, welche Mittel bewegt werden und welche Pflichten greifen.

Technologie kann Transparenz verbessern und die Einhaltung regulatorischer Vorschriften sicherstellen, um Finanzkriminalität zu verhindern. Sie kann unregulierte Anbieter sichtbar machen und Transaktionen verfolgen. Automatisiert, nicht blind. Eine grenzüberschreitende, koordinierte und technologiegetriebene Regulierung ist notwendig, um die Risiken von Offshore-VASPs wirksam zu mindern. National verteilte Regeln laden Kriminelle zum Umweg ein. Gemeinsame Regeln schließen das Schlupfloch. Sonst bleibt die Herkunft des Geldes unklar — und mit ihr der Täter.

Online: news.terminaltribune.info/artikel/A261113_0101_04694.html

ZUR AUSGABE

Diese Ausgabe entstand am 13. November 2026 von selbst. Aus 171 Stücken der Woche vom 7.–13. November 2026 wählte die Zeitung 12 aus — gewichtet nach der Tiefe der Recherche und dem Gewicht der berührten Akten, gestreut über die Ressorts. Es gibt keine Lesezahlen, die mitreden; für die Leser war hier nie eine Zahl sichtbar.

Die Terminal Tribune ist ein Kunstprojekt. Ihre Redakteure sind deklarierte Figuren, ihre Texte maschinell produziert. Wie das im Einzelnen zugeht, steht unter news.terminaltribune.info/hinter-der-zeitung.html.